Kreis

AZ – 5. 04. 1993.

Rat befürchtete Benachteiligung

Fortschreibung des Flächennutzungsplans abgelehnt / Vorteile für Bodenheim?

til. HARXHEIM — Bei der jüngsten Sitzung machten die Gemeinderatsmitglieder in Anwesenheit von Verbandsbürgermeister Krämer ihrem Ärger gehörig Luft. Grund für die erhitzten Gemüter war eine Information zur Fortschreibung des Flächennutzungsplanes der Verbandsgemeinde. Dabei geht es um die geplante, vorgezogene fünfte Fortschreibung des Flächennutzungsplanes, bei der in einem Einzelverfahren ein zur Zeit kontrovers diskutiertes zusätzliches Baugebiet in der Ortsgemeinde Bodenheim ausgewiesen werden soll. Eine solche Änderung des Flächennutzungsplanes bedarf der Zustimmung der Ortsgemeinden der Verbandsgemeinde.

Krämer setzte sich im Harxheimer Rat stark für das Bodenheimer Projekt ein und wies insbesondere auf das fertig erstellte Konzept eines für die Verbandsgemeinde interessanten Investors hin. Gleichzeitig warnte er die Ratsmitglieder davor, mit einer ablehnenden Haltung „Blockade-Politik" betreiben zu wollen, welche sich zu einem späteren Zeitpunkt als Fehler herausstellen und für weiteren Zündstoff sorgen könnte.

Ortsbürgermeister Heinrich Müller (SPD) stellte sich eindeutig gegen den Verbandsbürgermeister und warf ihm vor, einseitig Interessen zu vertreten. Der Erste Beigeordnete, Volker Felgner (SPD) verdeutlichte, worum es dem Rat gehe: „Harxheim wartet bereits seit über zwei Jahren auf die Fortschreibung des Flächennutzungsplans für die VG, nun sollen wir nochmals vertröstet werden, während Bodenheim im gleichen Zeitraum ein zweites Einzelverfahren zugesprochen werden soll."

Auch aus den Reihen der anderen Ratsmitglieder mußte sich Krämer vorwerfen lassen, als „Bürgermeister der Gemeinde Bodenheim und nicht als Interessenvertreter der VG" nach Harxheim gekommen zu sein. Da half auch der Einwand Krämers nicht, daß das allgemeine Fortschreibungsverfahren parallel zum Einzelverfahren abgewickelt wird. Zustimmung fanden die Meinungen Müllers und Felgners bei der Fraktion der CDU: auch sie wollte einer Fortschreibung des Flächennutzungsplans nur dann zustimmen, wenn die Anliegen aller Gemeinden erfüllt würden. Klar wurde, daß einige Ratsmitglieder mit dem Auftritt Krämers im Rat nicht einverstanden waren. „Ein VG-Bürgermeister hätte nicht darauf gedrängt, ein einzelnes Projekt voranzutreiben, sondern hätte sich deutlich für eine Unterstützung auch der anderen Projekte eingesetzt", äußerte sich Ludwig Roßbach (SPD). Konsequenz daraus war der auf Antrag von Bürgermeister Müller einstimmig verabschiedete Beschluß des Rates, der fünften Fortschreibung schon vorab die Zustimmung zu versagen.

Auf fünf Jahre zahlbar, zu einem Höchstpreis von bis zu sechs Mark pro Quadratmeter: Diese Bedingungen will der Rat beim Erwerb von Land zur Ausweisung eines Ortsrandgrünstreifens erfüllt sehen, da die Gemeinde sonst nicht in der Lage sei, den Finanzaufwand zu verkraften. Hintergrund zu dieser Entscheidung war ein Schreiben des Kulturamtes Worms, das im Rahmen der Weinbergsflurbereinigung zwischen Neubaugebiet und den angrenzenden Weinbergen eine Schutzzone anlegen will. Die Fläche dazu müsse allerdings die Gemeinde bereitstellen. Mit der gefällten Entscheidung sieht Bürgermeister Heinrich Müller der Tatsache Rechnung getragen, daß die Gemeinde auch die Unterhaltskosten zu tragen hätte.